Resolution des Gesamttiroler Heimatpflegetreffens 2025 in Hall in Tirol

Keine weitere Belastung für die Brennerachse – Bürgerrechte und Transparenz stärken

Das Gesamttiroler Heimatpflegetreffen 2025 stellt fest: Die Belastung durch den alpenquerenden Straßenverkehr entlang der Brennerachse hat ein schwer erträgliches Ausmaß erreicht. Die Region trägt bereits heute mehr als die Hälfte des gesamten alpenquerenden Transitverkehrs in Europa. Die Sorgen der Bevölkerung entlang der Strecke sind ernst zu nehmen – das bestätigt auch die Entscheidung des Landesverwaltungsgerichts Tirol. Es braucht eine Verkehrspolitik, die den Verkehr wirksam reduziert und die Schiene konsequent vor der Straße priorisiert.

Daher fordern wir:

1. Verzicht auf weiteren Infrastrukturausbau entlang der Brennerroute
Die aktuell diskutierten Erweiterungsmaßnahmen – von der „dynamischen dritten Spur" über das Projekt Valdastico Nord (A31) – widersprechen den Zielen einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Zusätzliche Straßenkapazitäten führen nachweislich zu induziertem Verkehr und verstärken die Transitproblematik weiter. Die Brennerachse darf nicht weiterhin als kostenoptimierte Transitroute zwischen Nord- und Südeuropa fungieren. Umwegverkehre müssen aktiv reduziert und nicht durch zusätzliche Infrastruktur gefördert werden.
Deshalb fordert das Gesamttiroler Heimatpflegetreffen den vollständigen Verzicht auf alle einer Kapazitätserweiterung dienenden Straßenbauprojekte entlang der Brennerachse.

2. Kein Aufschub mit Verweis auf den Brennerbasistunnel
Der Brennerbasistunnel (BBT) wird – so auch im Südtiroler Landesmobilitätsplan dokumentiert – nicht zu einer Entlastung des Straßenverkehrs führen, sondern vorrangig den prognostizierten Verkehrszuwachs aufnehmen. Der Tunnel allein bietet keine Lösung für die drängenden Probleme. Maßnahmen zur Reduktion des Transitaufkommens müssen schnellstmöglich und nachhaltig wirksam werden und dürfen nicht auf künftige Großprojekte vertagt werden.
Erforderlich ist die sofortige Einführung eines CO_2-basierten Mautmodells auf der Brennertransversale (A22 südlich des Brenners, sowie A12 und A13 nördlich des Brenners) sowie die Einrichtung einer Alpentransitbörse mit klarer Kontingentierung für LKW-Fahrten.

3. Bestehende Bahnstrecken stärken – Regionalverkehr sichern
Die einseitige Konzentration auf den BBT darf nicht zur Vernachlässigung bestehender Bahnstrecken führen. Der Zustand vieler Regionalverbindungen – wie im Südtiroler Unterland mit der höchsten Verspätungsrate Südtirols – ist bereits heute alarmierend:

unzureichende Wartung sorgt für massive Qualitätseinbußen im Personenverkehr.
Die Elektrifizierung der Valsugana-Linie im Trentino, die seit Ende Februar 2025 zu einer mehr als zehnmonatigen Vollsperrung führt, verschärft die Situation zusätzlich. Die Maßnahme ist insofern fragwürdig, als sie potenzielle Fahrgäste weiter vom Schienenverkehr abhalten dürfte. Seit über einem Jahrzehnt wird diese Strecke regelmäßig über längere Zeiträume für außerordentliche Wartungsarbeiten gesperrt – ohne Rücksicht auf die Qualität des Fahrgastservices. Der angebotene Schienenersatzverkehr ist dem regulären Bahnangebot bei Weitem nicht ebenbürtig und schwächt den Regionalverkehr im Raum Trentino–Tirol weiter.
Der regionale Bahnverkehr muss gleichwertig mit dem Fernverkehr behandelt und strukturell sowie finanziell gestärkt werden. Der gezielte Ausbau der Rollenden Landstraße (RoLa) ist als ergänzende Maßnahme unverzichtbar.

4. Bürgerrechte und Versammlungsfreiheit wahren
Die Verhinderung friedlicher Protestaktionen auf der Brennerautobahn war ein massiver Eingriff in das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit. Das Landesverwaltungsgericht Tirol hat dies in einem aktuellen Urteil bestätigt. Gerade Regionen, die in besonderem Maße von Transitfolgen betroffen sind, müssen die Möglichkeit erhalten, auf demokratischem Wege auf ihre Lage aufmerksam zu machen.
Es braucht rechtssichere Regelungen zur Sicherstellung der Versammlungsfreiheit – auch auf hochbelasteten Verkehrsachsen.

5. Transparenz und Mitwirkung bei Großprojekten sicherstellen
Großinfrastrukturprojekte im Verkehrsbereich werden vielfach unter Ausschluss relevanter lokaler Akteure geplant und umgesetzt. Die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung reicht nicht aus, um Akzeptanz und Legitimation herzustellen. Gemeinden entlang hochbelasteter Achsen müssen frühzeitig, umfassend und strukturell eingebunden werden.
Transparente Prozesse und echte Mitbestimmung sind demokratische Grundprinzipien und Voraussetzungen für tragfähige Infrastrukturentscheidungen.

6. Europäische Verantwortung übernehmen – Tiroler Vorreiterrolle stärken
Die von Tirol eingeführten Maßnahmen zur Verkehrslenkung – wie sektorales Fahrverbot, Blockabfertigung und Nachtfahrverbot – wirken lokal und überregional. Sie müssen nicht nur verteidigt, sondern grenzüberschreitend weiterentwickelt und von den Nachbarregionen mitgetragen werden.
Eine europaweit koordinierte Transitpolitik muss klare Emissionsgrenzen setzen, Mengen steuern und Mensch und Umwelt über wirtschaftliche Einzelinteressen stellen.

Claudia Plaikner - Präsidentin des Heimatpflegeverbandes Südtirol
Flavio Marchetti – Presidente Circolo M. Gaismayr
Konrad A. Roider – Präsident des Vereins für Heimatschutz und Heimatpflege in Nord- und Osttirol